

Postulatvon Bastien Girod (JungeGrüne)
und Pascal Pauli (JungeGrüne)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie folgende Massnahmen umzusetzen sind:

1. In Form eines wissenschaftlich begleiteten Pilotversuches wird in der Stadt Zürich der kontrollierte Verkauf von Cannabis eingeführt.
2. Der Stadtrat verzichtet – unter Wahrnehmung des polizeilichen Opportunitätsprinzips – auf Personenkontrollen und Verzeigungen von Personen, die Cannabis zum Eigengebrauch mitführen, sowie von Personen, die Cannabis für den Eigenbedarf anbauen.
3. Im Rahmen seiner Präventionsbemühungen erarbeitet der Stadtrat mit den Schulen und den Fachorganisationen eine Strategie zur Aufklärung und Beratung von Jugendlichen. Im Vordergrund steht dabei nicht das gescheiterte Ziel der Abstinenz, sondern die pragmatische Vermittlung der belegbaren Gefahren eines übermässigen Konsum von Rauschmitteln – welcher Art auch immer – auf das schulische Fortkommen und die Gesundheit.
4. Der Stadtrat erstattet dem Gemeinderat regelmässig Bericht über die getroffenen Massnahmen und ihre Auswirkungen.

Begründung:

Das Verbot des Cannabiskonsums ist Ausdruck einer blockierten Schweizer Drogenpolitik und kriminalisiert tausende von Menschen, statt sie zu vernünftigem Genusskonsum zu leiten. Diese verkehrte Politik kostet viel Geld, welches besser für die Prävention ausgegeben würde. Die Städte sind von dieser fehlgeleiteten Politik besonders betroffen. Die Stadt Zürich stand stets als eine Pionierin für eine fortschrittliche Drogenpolitik ein, deshalb sollte sie sich auch vermehrt für einen vernünftigen Umgang mit Cannabis einsetzen.

Der kontrollierte Verkauf von Cannabis erlaubt einen effektiven Jugendschutz, gezielte Information der CannabiskonsumentInnen und eine Qualitätskontrolle. Zudem verhindert der kontrollierte Verkauf die Vermischung von weichen und harten Drogen und der Cannabis-Schwarzmarkt könnte ausgeschaltet werden.

Der Gemeinderat der Stadt Bern will Möglichkeiten und Rahmenbedingungen eines wissenschaftlich begleiteten Pilotversuch zum kontrollierten Verkauf von Hanf prüfen. Die Stadt Zürich sollte sich an diesen Projekten beteiligen, um Wissen und Erfahrungen für einen vernünftigen Umgang mit dem Cannabiskonsum zu erlangen und eine Entkriminalisierung des Cannabiskonsums zu erreichen.

Die restriktive Politik gegen die CannabiskonsumentInnen hat nicht zu einer Abnahme des Konsums geführt. Gemäss Studien konsumieren über eine halbe Million BewohnerInnen der Schweiz regelmässig Cannabis. Verzeigungen aufgrund des Mitführens von Cannabis für den Eigenbedarf oder wegen des Eigenanbaus sind nicht mehr angebracht. Eine fundierte Aufklärung der Jugendlichen über einen vernünftigen Umgang mit dieser weichen Droge, die sich nicht am realitätsfernen Ziel der Abstinenz orientiert, wäre aber von grosser Bedeutung.

Der Einsatz für eine offenere Hanfpolitik ist schliesslich auch ein Einsatz für die Entkriminalisierung von vielen Zürcherinnen und Zürchern und ihren BesucherInnen und sollte deshalb vom Stadtrat engagiert vorangetrieben werden.

Antrag auf Dringlicherklärung.

B.S.

Paul